

Dresdner Volkszeitung

Vertrieben: Dresden
Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werkstätige Volk

Direkt: Gebr. Siebel, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Beigabe: einheitlich Beigedruckt mit den wöchentlichen Beilage
"Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelpreis 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tettauer Str. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tettauer Str. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilleiste
30 Pf., die 90 mm breite Rechtecke 1,50 M. für aufwändige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Pf. Proz. Rabatt. Für Buchwerbelegung 10 Pf.

Nr. 256

Dresden, Dienstag den 3. November 1925

36. Jahrg.

Kampfansage der Sozialisten

Die französischen Genossen entziehen Painlevé die Unterstützung — Regierungskrise als Folge — Der Kabinettstreit unvermeidlich

P. Paris, 3. November. (Sig. Bunkdruck.) Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat heute morgen gegen 2 Uhr nach mehrstündigem, sehr stürmischem Diskussion mit 1831 gegen 1228 Stimmen eine von Paul Faure eingebrochene Resolution angenommen, die dem Kabinett Painlevé das Vertrauen verweigert. Für die Politik der Unterstützung sind unter anderem Leon Blum, Renan und Lurio eingetreten, gegen sie Paul Faure, Morel, Lebas und Sirotta. In seinen Schlussworten wies Leon Blum darauf hin, daß der Nationalrat vollständig frei in seinen Entschlüssen sei, auf der anderen Seite aber müsse die Fraktion verlangen, daß er eine unzweideutige Entscheidung treffe. Blum wies darauf hin, daß das neue Ministerium Painlevé nicht mehr das gleiche sei wie das erste. Wenn die Sozialisten ihm ihr Vertrauen verweigerten oder sich der Stimme enthalten würden, dann sei eine neue Kabinettsskrise unvermeidlich, die nach der Sage der Dinge nur durch Herricot selbst werden könne, denn einzigen Politiker, der das Vertrauen der gesamten Linken genieße. Dann allerdings werde die sozialistische Fraktion wahrscheinlich vor die Notwendigkeit gestellt werden, an der Regierung teilzunehmen, und wenn sie dies wiederum ablehne, dann könne die umgekehrte Folge eintreten, daß die Radikalsozialen Partei erkläre, die Sozialisten sollten allein die Regierung bilden, und sie würden ihnen gegenüber die Politik

der Unterstützung üben, eine Eigentümlichkeit, die für die Partei keineswegs wünschenswert sei. Wenn diese aber fortfahe, im Lande den Einbruch zu erwarten, daß sie nur zu zerstreuen verstehe, wird man sich nicht wundern dürfen, daß der Gedanke einer Diktatur mehr und mehr an Boden gewinne.

Der gesuchte Beschluss stellt Herrn Painlevé, der unter diesen Umständen auf eine Mehrheit von links nicht mehr rechnen kann, vor die Entscheidung, ob er mit einer sogenannten Konzentrationsmöglichkeit, d. h. mit einer Unterstützung der rechten Opposition regieren oder aber die aus seinem wiederholten Defeitnis an der Politik des 11. Mai unerlässlichen Konsequenzen ziehen wird. In der Unterredung, die er gestern abend mit Vertretern der Sozialistischen Partei gehabt hat, hat er sich, wie Leon Blum darüber im Nationalrat bestätigte, in diesem Sinne unzweideutig geäußert. Schon die Natur der Projekte, auf die er im Parlament einzugehen beabsichtigt, zwingt ihn, auf keine andre Weiseheit zu rechnen als diejenige, auf die sich das Kabinett Herricot gestützt habe. Wenn deshalb die Freiheit für Marocco und Syrien nur mit Hilfe der Rechten verabschiedet werden könnten, würde er nicht länger an der Spitze der Regierung bleiben. Unter diesen Umständen würde jetzt schon für die nächsten Tage mit einer neuen Regierungskrise zu rechnen sein.

Der syrische Brand

Frankreichs Schwierigkeiten

Die Greuelaten, die aus Damaskus, der Hauptstadt Syriens, gemeldet werden, zeigen wieder einmal, daß sich übermüdige Generale überall gleichbleiben, daß sie nichts andres kennen als die rohe Gewalt, und daß sie rohe Gewalt auch dort anwenden, wo es politisch höchst ungug ist. Darüber hinaus ist es aber auch höchste Zeit für die französische Regierung, einmal zu untersuchen, ob Syrien wirklich so viel wert ist, daß dort fortwährend eine ansehnliche Armee unterhalten wird, die große Summen verschlingt und die schließlich doch die schon seit Jahren immer wieder vorausgelegte endgültige Besiedlung nicht aufzuhaltend bringen wird. Die Regierung Frankreichs, die sich auf das Vint. Jahr fühlt, mag infolge der nationalistischen Agitation nach mancher Richtung hin nur schwierig eine andre Richtung einschlagen können, aber diese Gebundenheit an nationalistische Volksfraktionen und diese Rücksichtnahme auf nationalistische Scheiter müssen eine Grenze haben. Eine Baronat wie die Besiegung von Damaskus durch die französische Soldatesca ist einfach eines Kulturlandes unschuldig.

Die Ansprüche Frankreichs auf Syrien gehen schon auf die erste Regierungspériode Napoleons des Kleinen zurück. Dieser spielte sich als Besitzer der orientalischen Christen auf und suchte in Syrien Einfluss zu gewinnen. Auch französische Kapitäne strömten nach Syrien ein und wurden dort in mancherlei Art angelegt. Während des Weltkrieges wurde dann zwischen England und Frankreich ein Geheimvertrag abgeschlossen, wonach Syrien an Frankreich fallen sollte. Dies war das sogenannte Sykes-Picot-Abkommen vom Jahre 1916. Als dann das System der Kolonialmandate geschaffen war, erhielt Frankreich auf der Konferenz von San Remo das Mandat über Syrien. Schon kurze Zeit darauf begannen Streitigkeiten. Frankreich war zunächst nur ein schmaler Küstenstreifen zugewiesen worden. Der damalige französische Oberbefehlshaber drang aber ins Innere vor und besetzte Damaskus. Weiter besetzten die Franzosen Syrien, die sibylische Mittelmeerküste Kleinasien. Durch das sogenannte Angora-Abkommen vom Oktober 1921 wurde dann Syrien wieder an die Türkei abgetreten, die Franzosen behielten nur die Hafenstadt Alejandrette mit dem Hinterland.

Teils wegen der großen Verschiedenheit der Bevölkerung und der Religionsbefestigungen, teils aber auch, um die Bewohner besser gegeneinander ausspielen zu können, wurden von Frankreich in Syrien fünf besondere "Staaten" gegründet, und zwar Groß-Libanon, Damaskus, Aleppo (Haleb), Hauran und das Gebiet der Alawiten oder, wie die Franzosen sagen, das Alautengebiet. Dazu kommt noch das autonome Gebiet von Alexandrette. So wie jetzt französisches Syrien besteht, hat es reichlich die doppelte Größe Bayerns und 2½—3 Millionen Bewohner. Ungefähr vier Fünftel davon sind Mohammedaner, ein Fünftel sind Christen, einige Tausend rechnen sich zum Judentum. Sowohl Christen als auch Mohammedaner sind in Sesten gehalten, so werden unter den rund 500 000 Christen nicht weniger als 11 Sesten gezählt. Der größte syrische "Staat" ist Groß-Libanon mit rund 625 000 Bewohnern, auf 330 000 Christen, meistens sogenannte Maroniten, die sich seit dem 15. Jahrhundert wieder der römisch-katholischen Kirche angeschlossen haben, kommen gegen 275 000 Mohammedaner. Der "Staat" Damaskus hat gegen 600 000 Bewohner, davon sind nur gegen 70 000 Christen. Der kleinste Staat ist der Sultanat Hauran, südlich von Damaskus, der ungefähr um ein Viertel kleiner ist als der Kreisstaat Sachsen und gegen 100 000 Bewohner zählt.

Zwischen Drusen und Christen besteht von jeher eine grimmige Feindschaft. Die lebigen Wirken in Syrien, die im Sommer dieses Jahres durch den Aufstand der Drusen eingeleitet wurden, werden besonders bei diesem Volk kaum zu einer Befriedung führen, weil die Drusen während der Oberherrschaft der Türken eine größere Selbstständigkeit hatten als unter der französischen Herrschaft. Denn die Unterwerfung der Drusen unter die Türken bestand nur darin, daß sie einen mäßigen Tribut bezahlten, sonst aber so gut wie unabhängig lebten. Als seinerzeit der französische General Gouraud zurückgetreten und durch einen andern General ersetzt worden war, verbreiteten die Franzosen die Mel- dung, daß in Syrien eine große Umorganisation vor sich gehe und daß gewissermaßen im Innern des Landes, fern den Küsten, ein besonderer syrischer Staat gearbeitet werden sollte. Diesen Staat sollten in der Hauptsache die Gebiete von Damaskus und Aleppo bilden. Aber mit der Staatsbildung in diesem Hinterwinkel des Mittelmeers ist es doch eine eienartige Sache. Wenn dort ein Staat nicht von innen heraus wächst, von außen kann er gewiß nicht organisiert werden, zumal in diesen Gegenden die Bevölkerung noch nicht einmal allgemein zu festen Wohnstätten gelangt ist, sondern noch zu Hunderttausenden als Beduinen unverschleiert. Die Besiedlung von Damaskus wird besonders bei den Arabern böses Blut machen, weil diese Stadt mit ihren vielen Moscheen bei den Arabern als eine heilige Stadt gilt. Nach arabischer Überlieferung war nämlich in Damaskus und Umgebung das Paradies der ersten Menschen. Schon aus diesem Grunde ist es geradezu unbedecklich, wie der französische General Damaskus mit Artillerie beschlecken lassen könnte. Aber wie schon am Eingang gesagt, übermüdige Generale bleiben sich überall gleich und pochen nur auf die Gewalt.

Dann vom französischen Standpunkt aus noch verstanden werden, daß Frankreich Nordafrika in seiner Hand behalten will, so ist viel weniger verständlich, aus welchem

Schwankungen und Schwankungen

Was will die KPD? Sie weiß es selber nicht. Ihre Parteikonferenz in Berlin hat die Befehle Moskaus mit erdrückender Mehrheit angenommen. Die frühere Zürcher wurde verleugnet, wie noch selten eine Führung von einer Partei verleugnet wurde. Ruth Fischer, Maslow, Scholem sind erledigt. Aber über die kommunistische Politik der Zukunft sagen die Beschlüsse dieser Konferenz wenig. Bleibt Treterbennet, viel Geschrei und wenig Worte. Man will läufig im Berliner Rathaus eine Politik treiben, die die Entwicklung der Sozialdemokratie mit sich bringt, aber auch eine sofortige Besserung der Lage der Arbeiterklasse Berlins. Letzter sagte der Vertreter der Exekutive der Komintern: Die "Galvanisierung des Brandenburgs und die Rechtsorientierung in der KPD" sei zu befürchten, wenn beim Kampf um die Massen 100 000 bis 200 000 sozialdemokratische Arbeiter etwa zur KPD kämen.

In diesen Worten liegt die ganze Hassheit und Unehrlichkeit auch der künftigen kommunistischen Politik. Man will Kapolitik und Syrienspolitik zu gleicher Zeit, um sozialdemokratische Arbeiter einzufangen. Man fürchtet, aber anderseits den Einfluß der sozialdemokratisch gesellten Abhängigen auf die KPD. Die Besorgnis ist überflüssig, denn wer glaubt noch, daß sich sozialdemokratische Arbeiter in nennenswerte Zahl hinter die Fahne dieser unehlichen, demagogischen und konfusen Parolenschriften der KPD ziehen lassen?

Wir glauben auch nicht, daß Moskau an dieser deutlichen Auslegung des neuen Kurses viel Freude haben wird. Sovjet-Rußland braucht heute außenpolitisch die Unterstützung, mindestens das wohlwollen Deutschlands. Die Sowjetreiterei sind dabei auf den Einfluß der deutschen Kaiser und dem offizielle angebunden, weshalb sich die Moskauer Päpste auch bemüht, die russische Außenpolitik den antikommunistischen Ausschüttungen der deutschen Sozialdemokratie und der zweiten Internationale anzunähern. Wie plötzlich der Wind in Moskau umgeschlagen zu sein scheint, beweist die Tatsache, daß das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Russlands, die sich am 25. Oktober an leitender Stelle mit den Rocarno-Berträgen auseinandersetzt und sie keineswegs verurteilt, sondern auch für die Sowjetunion durchaus diskutabel findet. Es heißt in diesem Artikel:

Die Berträge von Rocarno müssen wir nur als eine Reihe von Vereinbarungen betrachten. In welcher Richtung sich diese Vereinbarungen entwickeln werden, wird von dem Präzessverhältnis abhängen, das jetzt besteht und das zwischen der Sowjetunion und den verschiedenen europäischen Staaten sich entwickeln wird. Man sagt, daß die Berträge von Rocarno das Ziel verfolgen, den Frieden zu sichern. Wer eine Sicherung des Friedens gegen und ohne uns ist eine reaktionäre Utopie. Wer wirklich die Sicherung des Friedens anstrebt, muß einen andern Weg einschlagen — er muß die Differenzen zwischen der Sowjetunion und den Staaten, auf die es hier ankommt, beiseitigen.

Dann folgt der entscheidende Punkt, der die neue Stellungnahme Sowjet-Rußlands gegenüber dem Völker-

bund unrecht:

Der aufdringlich unsrige Eintritt in den Völkerbund befür-

wortet, muß und vor allem in der internationalen Politik in eine solche Lage versetzen, daß man uns nicht als einen

Staat mit befriedigten Rechten betrachtet. Wenn

das geschieht, wird auch der Völkerbund nicht notwendig sein, um

Wieder und den andern Staaten jene minimalen normalen

Beziehungen zu schaffen, die eine neue Etappe in der Entwicklung

der Weltwirtschaft und der Sicherung des internationalen Friedens möglich machen würden.

Was hier vom Zentralorgan der Komintern vertreten

wird, ist eine regelmäßige Schwankung der russischen Außenpolitik und eine Annäherung an den Völkerbund. Auch noch andere Weltmächte befinden sich, daß sich in letzten Streitigen der Sowjetregierung eine Mehrheit für eine neue Orientierung der Außenpolitik gebildet hat. Von deinem die mögliche Besiegung von Rocarno als Vorbild der sozialdemokratischen Partei Russlands und die Rechtsorientierung in der KPD sei zu befürchten, wenn beim Kampf um die Massen 100 000 bis 200 000 sozialdemokratische Arbeiter etwa zur KPD kämen.

Die Russen sind dabei auf den Einfluß der sozialdemokratisch gesellten Abhängigen auf die KPD eingegangen. Man fürchtet, aber anderseits den Einfluß der sozialdemokratisch gesellten Abhängigen auf die KPD. Die Besorgnis ist überflüssig, denn wer glaubt noch, daß sich sozialdemokratische Arbeiter in nennenswerte Zahl hinter die Fahne dieser unehlichen, demagogischen und konfusen Parolenschriften der KPD ziehen lassen?

Luther auf der Suche

Berlin, 2. November. Der Reichskanzler hat für morgen die Kabinettsitzung der in seinem Kabinett vertretenen Parteien zu einer Aussprache über die parlamentarisch-politische Rückwirkung des Rücktritts der Deutschen Nationalen aus dem Kabinett eingeladen. Das Kabinett hat zu dieser Besprechung zwei ehemalige Reichskanzler und einen ehemaligen Ministerpräsidenten delegiert: die Abgeordneten Schröder, Marx und Stegerwald. Die Deutsche Volkspartei wird durch die Abgeordneten Scholz, Curtius und Kempele vertreten sein, die Bayerische Volkspartei vornehmlich durch den Abgeordneten Peisch und Graf Seidenfeld.

Schiels lautes freudiges „Ja“

Das Berliner Tageblatt erzählt in seiner Montagabendausgabe folgende interessante Geschichte:

Der deutsch-nationale Innenminister Schiel wurde in der entscheidenden Kabinetsitzung vom 22. Oktober gefragt, ob er das Werk von Rocarno billige. Darauf antwortete er etwa mit folgenden Worten: Wenn ich gefragt werde, ob ich das Werk von Rocarno billige, so antworte ich mit einem lauten freudigen „Ja“. — Als der Reichspräsident von Hindenburg die Kabinettssitzung schloß, bemerkte er, es sei für ihn die größte Freude, daß im Kabinett völkige Einigkeit erreicht sei.

Wenn wir richtig unterrichtet sind, ist die Veröffentlichung dieser reizenden Geschichte auf Herrn Luther selbst zurückzuführen. Sie erhält damit ganz besondere Wert.

D. Berlin, 3. November. (Sig. Bunkdruck.) Die Mitteilungen des Berliner Tageblattes von dem freudigen Ja des Ministers Schiel möchte die Rechtfrepre als „aus den Fingern gesogen“ hinstellen. Auch das Wolff-Büro erklärt sie für falsch. Dagegen berichtet das Berliner Tageblatt zu dem Ja des Herrn Schiel und dem Demant in seiner heutigen Ausgabe: „Wir müssen unterscheiden, welche Ausschüttungen aufrecht erhalten, zumal das Wolff-Büro nicht weiß, was Schiel getan haben will.“ Auch wir glauben, daß das Berliner Tageblatt an seiner Haltung allen Grund hat und behalten, doch nach unserer Kenntnis der Dinge kein anderes als der Reichskanzler Luther der Urheber der fraglichen Notiz ist. Und der hat es ganz gewiß gewußt.